

miteinander Heimat gestalten.

www.csu.de

*Dem Bedürfnis unserer Bürgerinnen und Bürger nach Heimat und Geborgenheit, aber auch nach aktiver Mitgestaltung ihres Wohn- und Lebensumfelds gerecht zu werden – dies ist unter den Bedingungen der Globalisierung die große Herausforderung an unsere Gemeinden, Städte und Landkreise.*

*Ein entscheidendes Fundament hierfür ist das vielfältige bürgerschaftliche Engagement vor Ort, das die CSU aufgreift und nach besten Kräften fördert und unterstützt – entsprechend unserem Grundsatz:*

**„Miteinander Heimat gestalten“.**



**Dr. Edmund Stoiber,**  
Vorsitzender der CSU,  
Bayerischer Ministerpräsident

Impressum: CSU-Landesleitung, Öffentlichkeitsarbeit, Franz Josef Strauß-Haus, Nymphenburgerstr. 64, 80335 München.

www.csu.de

Kommunalpolitische Leitlinien der



31241

**CSU – näher am Menschen.**

## Miteinander Heimat gestalten



**Luitpold Braun**  
Landrat  
Vorsitzender der KPV



**Hermann Regensburger, MdL**  
Staatssekretär im Bayerischen  
Staatsministerium des Inneren

Bei den Kommunalwahlen 2002 geht es um die Entscheidung für eine Politik, die

- den Wunsch vieler Menschen aufnimmt, ihre Heimat aktiv mitzugestalten,
- das vielfältige bürgerschaftliche Engagement vor Ort nach Kräften fördert und unterstützt, anstößt und einbindet,
- sich an Werten ausrichtet, die vom christlichen Menschenbild und insbesondere von den Grundsätzen der persönlichen Freiheit, der Toleranz, der sozialen Verantwortung, der Solidarität und der Subsidiarität geprägt sind und
- gleichermaßen dem wirtschaftlichen Fortschritt als Garanten zukunftssicherer Arbeitsplätze wie dem Erhalt unserer kulturellen Traditionen und unserer herrlichen Naturlandschaft verpflichtet ist.

Für eine an diesen Grundsätzen ausgerichtete Politik stehen in Bayern die Kommunalpolitiker der CSU. Tief verwurzelt in der Bevölkerung kennen sie die Anliegen der Menschen. Sie wissen sich dabei getragen von den Landes-, Bundes- und Europapolitikern unserer Partei: Die CSU steht wie keine andere Partei oder Wählergruppierung für eine „**Politik aus einem Guss**“. Die CSU ist die Interessenvertretung Bayerns auf allen politischen Ebenen.

Bei den Kommunalwahlen am 3. März 2002 bitten wir daher alle Bürgerinnen und Bürger Bayerns um ihr erneutes Vertrauen für unsere Kandidatinnen und Kandidaten – und damit für eine Kommunalpolitik des Miteinanders, für eine solide Haushalts- und Finanzpolitik, für eine dynamische Wirtschafts- und Standortpolitik, für Sicherheit als Bürgerrecht, für eine gesunde Umwelt und für soziale Kompetenz. Die Leitlinien unserer Politik „**Miteinander Heimat gestalten**“, die die Bürgerinnen und die Bürger einer Gemeinde in die soziale und gesellschaftliche Verantwortung für ihr Lebens- und Wohnumfeld einbezieht, sind in dieser kommunalen Wahlplattform zusammengefasst.

**Luitpold Braun,**  
Landrat  
Vorsitzender der KPV

**Hermann Regensburger, MdL**  
Staatssekretär im Bayerischen  
Staatsministerium des Inneren

**Kommission „Kommunale Wahlplattform 2002“ der CSU**

## Kommunalpolitische Leitlinien der CSU:

	<i>Seite:</i>		<i>Seite:</i>
1. Familien- und kinderfreundliche Kommunen gestalten	6	9. „Soziale Gemeinde“ fördern – Kompetenz der Senioren einbeziehen	22
2. Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung unterstützen – Ehrenamt und Gemeinsinn fördern	8	10. Lebensraum in Stadt und Land gestalten – Wohnraum schaffen	24
3. Zuwanderung begrenzen – Integration fördern	10	11. Verbraucherschutz weiter stärken – gesunde Ernährung für alle sicherstellen	26
4. Kommunalverwaltungen zu modernen Serviceeinrichtungen für Bürger und Wirtschaft ausbauen	12	12. Verkehr auf Schiene und Straße aufrechterhalten und verbessern	28
5. Wirtschaftskraft fördern – Arbeitsmarkt stärken	14	13. Kommunale Selbstverwaltung weiter ausbauen – kommunale Finanzkraft stärken	30
6. Bildung und Kultur vermitteln	16		
7. Kriminalität bekämpfen – Sicherheit gewährleisten	18		
8. Umwelt bewahren und gestalten	20		

## 1. Familien- und kinderfreundliche Kommunen gestalten

### Unsere Grundsätze

Kinder sind unsere Zukunft. Familien mit Kindern sind die Garanten für eine sich fortentwickelnde und dynamische, für eine innovative und leistungsfähige, für eine menschliche und solidarische Gesellschaft. Sie sind daher die Leistungs- und Hoffnungsträger unserer Gesellschaft.

Ehe und Familie stehen daher stets im Mittelpunkt unserer Politik.

### Unsere Ziele

*Wir setzen uns daher dafür ein,*

- das gesellschaftliche Bewusstsein für den Wert der Familie zu stärken,
- den verfassungsrechtlichen Vorrang von Ehe und Familie beizubehalten; eine Relativierung des Wertes der Ehe durch eine weitreichende Gleichstellung anderer Lebensgemeinschaften lehnen wir strikt ab,
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, wo Eltern dies wollen,
- die Erziehungskraft und die Erziehungsverantwortung der Eltern weiter zu stärken,
- Familien mit Kindern auch finanziell besser zu unterstützen, z. B. durch Einführung eines Familiengeldes von bis zu 1.200 DM und einem Kinderbonus bei den Sozialversicherungsbeiträgen.

Wir wollen unseren Familien ein kinderfreundliches Wohn- und Lebensumfeld in ihrer Heimatgemeinde bieten. Dabei wollen wir gemeinsam mit den Familien auch neue Wege gehen.

*Konkret treten wir ein für:*

- **Kommunale „Bündnisse für Familien“**, in denen die Entscheidungsträger vor Ort – einschließlich der Vertreter der örtlichen Wirtschaft – gemeinsam mit den Familien optimale Rahmenbedingungen für eine kinder- und familienfreundliche Gemeinde entwickeln. Dazu gehören insbes. auch die Kinder- und Familienfreundlichkeit der Jugend-, Sport-, Kultur- und Weiterbildungseinrichtungen der Gemeinde (einschließlich familienfreundlicher Eintrittspreise) und der Kinderspielplätze sowie die ständige Fortentwicklung kind- und jugendgerechter Angebote,
- eine bedarfsgerechte, flexible und qualitätsvolle **Weiterentwicklung der Kinderbetreuungsangebote**, um den Wünschen vieler junger Frauen und Männer nach besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu entsprechen,
- die **Einführung einer Familienverträglichkeitsprüfung**, die die Berücksichtigung der Kinder- und Familienbelange bei allen gemeindlichen Planungen – insbesondere auch bei der Bauleitplanung – und Regelungen sicherstellt,
- die Vorlage **kommunaler Familienberichte** (der Landkreise und Städte), die über die Lage der Familien, insbesondere auch über die Angebote der Betreuungs- und Serviceeinrichtungen und deren Vernetzung, umfassend Auskunft geben,
- die **Schaffung von Teilzeit- und Telearbeitsplätzen** für Mütter und Väter, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Hier ist die Kreativität von öffentlichen wie privaten Arbeitgebern gefragt. Die kommunalen und staatlichen Verwaltungen haben insoweit eine Vorbildfunktion.

### Unser Einsatz vor Ort

## 2. Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung unterstützen - Ehrenamt und Gemeinsinn fördern.

### Unsere Grundsätze

In den bayerischen Städten und Gemeinden engagieren sich über 3 Mio. Menschen freiwillig und ehrenamtlich in Vereinen, in Nachbarschaftshilfen, in Bürgerinitiativen und vielen weiteren Gruppen, sei es im sozialen, kulturellen, kirchlichen, sportlichen oder politischen Bereich.

Die CSU unterstützt mit aller Kraft dieses Engagement, das ein entscheidendes Fundament für Solidarität und menschliches Miteinander in unserer Gesellschaft ist.

In diesem Engagement kommt auch der Wunsch und das Bedürfnis vieler Menschen nach Mitgestaltung des eigenen heimatlichen Umfeldes zum Ausdruck.

Unser Leitbild ist daher eine „**aktive Bürgergesellschaft**“, deren Kernelemente erlebte Mitverantwortung und Mitgestaltung sind.

### Unsere Ziele

*Wir setzen uns daher ein für:*

- die gesellschaftliche Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements – sei es im Ehrenamt oder in befristeten Projekten – weiter zu stärken und insbesondere auch die Wirtschaft für eine Förderung – z. B. durch die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – zu gewinnen,
- die gesetzlichen Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement zu verbessern, d. h. insbesondere auch die gravierenden Beeinträchtigungen durch die rot-grüne Bundesregierung – z. B. die Einführung der generellen Sozialversicherungspflicht für Aufwandsentschädigungen – wieder aufzuheben.

Auch die örtliche Gemeinschaft lebt von Frauen und Männern, die mehr tun als ihre Pflicht. Die CSU unterstützt daher jegliches ehrenamtliches Engagement vor Ort und ermutigt die Bürgerinnen und Bürger, sich auch in die Kommunalpolitik einzubringen und diese mit zu gestalten.

### Unser Einsatz vor Ort

*Konkret treten wir ein für:*

- einen **intensiven, kontinuierlichen Dialog mit den ortsansässigen Vereinen und Verbänden**, um sich deren Anliegen optimal annehmen zu können und ihre Angebote miteinander abzustimmen sowie ggf. zu vernetzen. In jeder Gemeinde sollte ein kompetenter Ansprechpartner für Vereine und bürgerschaftlich Engagierte zur Verfügung stehen,
- die **Würdigung ehrenamtlichen Engagements** auf Empfangen, durch Anerkennungen oder Vergünstigungen in den gemeindlichen Einrichtungen (z. B. durch so genannte „Aktivcards“),
- eine **frühzeitige und möglichst umfassende Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger** in alle gemeindlichen Planungen, indem wir ihnen Mitgestaltungsmöglichkeiten (z. B. im Rahmen von „runden Tischen“) eröffnen,
- die Einrichtung von **kommunalen Ideenbörsen** und Anlaufstellen für Freiwilligenengagement, um Bürgerinnen und Bürgern einen Überblick über die Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements zu geben und diese hierfür zu motivieren,
- insbesondere die **Förderung des Sports** in den Kommunen. Die Kommunen sollten einen Sportentwicklungsplan aufstellen und Sportförderrichtlinien erlassen.



### 3. Zuwanderung begrenzen – Integration fördern.

#### Unsere Grundsätze

Im Laufe der Geschichte sind Menschen aus vielen Kulturkreisen zu uns gekommen. Sie haben sich integriert und damit unsere Gesellschaft bereichert. In den letzten Jahren ist Deutschland aufgrund seiner hohen sozialen Standards allerdings bevorzugtes Ziel von Zuwanderern aus der ganzen Welt geworden – gerade in größeren Städten sind bereits heute teilweise Tendenzen zur Entwicklung von Parallelgesellschaften sichtbar. Deutschland ist jedoch kein klassisches Einwanderungsland und kann es auch in Zukunft nicht werden.

#### Unsere Ziele

Deshalb müssen wir:

- rechtmäßig auf Dauer bei uns lebende ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger bestmöglich integrieren. Wer die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben will, muss sich umfassend in unsere Rechts- und Gesellschaftsordnung einfügen und sich aktiv zu unserem Staat bekennen,
- Zuwanderung begrenzen und steuern, um die Integrationsfähigkeit und -bereitschaft der einheimischen Bevölkerung nicht zu überfordern.

Der Entwurf von Rot-Grün für ein Zuwanderungsgesetz zielt dagegen insbesondere mit den Vorschriften über die Arbeitsmigration und die Familienzusammenführung auf eine massive Erweiterung der Zuwanderung. Er sieht eine grundlegende Umgestaltung Deutschlands zum Einwanderungsland vor. Eine Aufhebung des Anwerbestopps ist angesichts von nahezu vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland nicht vertretbar. Der Gesetzentwurf in seiner jetzigen Fassung ist daher für uns keine Grundlage weiterer Beratungen. Im Übrigen bedarf der Entwurf vor dem Hintergrund der terroristischen Bedrohung auch eines umfassenden „Sicherheitschecks“.

Insbesondere auf Ebene der Kommunen ist die Chance am größten, Integration erfolgreich in die Praxis umzusetzen.

Unsere Positionen hierzu:

- **Ausländische Bevölkerungsgruppen sollen sich aktiv an der Integration beteiligen.** Dazu zählt neben dem Erwerb von Sprachkenntnissen gerade die Beteiligung am gesellschaftlichen Miteinander in der eigenen Gemeinde,
- Ein **stärkerer Dialog** und Austausch zwischen ausländischen und deutschen Jugendlichen, z.B. durch gemeinsame Veranstaltungen mit ausländischen Vereinen stärkt die Gemeinschaft zwischen jungen Deutschen und Ausländern,
- Kommunale Angebote im Rahmen der „Aktiven Bürgergesellschaft“ sollen gezielt auch für Bürger ausländischer Herkunft geöffnet werden,
- Eine **gezielte Beratung ausländischer Jugendlicher** in Schul- und Berufsausbildungsfragen entschärft soziale Brennpunkte ebenso wie Projekte gegen Jugendarbeitslosigkeit,
- Echte Integration ist nur dann möglich, wenn **Ghettobildung vermieden** wird, z.B. durch eine entsprechende Stadtplanung oder bei der Vergabe von Sozialwohnungen,
- Integration bedeutet auch, die hier lebenden **Ausländer an Entscheidungen vor Ort zu beteiligen.** Die CSU ermutigt deshalb alle EU-Bürger dazu, sich kommunalpolitisch zu engagieren. Auch über die Ausländerbeauftragten können die ausländischen Mitbürger ihre Interessen verstärkt artikulieren,
- Die **Kosten für die Integration** als gesamtstaatliche Aufgabe dürfen nicht einseitig auf die Länder und Kommunen abgewälzt werden.

#### Unser Einsatz vor Ort



## 4. Kommunalverwaltungen zu Serviceeinrichtungen für Bürger und Wirtschaft ausbauen.

### Unsere Grundsätze

Das **Rathaus** ist die „*erste Visitenkarte*“ einer Gemeinde sowohl gegenüber ihren Gästen als auch gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern.

Unser Leitbild ist eine serviceorientierte und bürgerfreundliche, aber auch effiziente und moderne Kommunalverwaltung, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich selbst im Kontakt mit den Bürgern um stetige Verbesserungen bemühen.

### Unsere Ziele

Die Steigerung der Leistungsfähigkeit und der Dienstleistungsorientierung der kommunalen Verwaltungen ist auch ein entscheidender **Standortfaktor für die Wirtschaft und für die Schaffung von Arbeitsplätzen**: Dauer und Ausgestaltung von Genehmigungsverfahren entscheiden heute – in der Zeit eines scharfen globalen Wettbewerbs – oftmals über die Konkurrenzfähigkeit von Unternehmen gerade bei der Einführung neuer Produkte.

### Unser Einsatz vor Ort

*Konkret treten wir daher im Bereich der Kommunalverwaltungen ein für:*

- die Einführung kundenfreundlicher Service-Angebote und Öffnungszeiten, z. B. im Rahmen von **Bürgerbüros**, die als „Erst-Anlaufstellen“ den Bürgerinnen und Bürgern die wichtigsten Leistungen „aus einer Hand“ in „allen Lebenslagen“ anbieten und diese in ihren Anliegen aktiv unterstützen und beraten,
- die Entwicklung von **Qualitätsstandards für die kommunalen Dienstleistungen**, z. B. die Festlegung (und öffentliche Bekanntgabe) der Bearbeitungsdauer von Verfahren,

- die Durchführung von **Bürger-/Kundenbefragungen** sowie die Einrichtung eines aktiven **Beschwerdemanagements**: Die konstruktive Kritik von Bürgerinnen und Bürgern ist als wertvolle Hilfestellung zu begreifen, um etwaige inhaltliche und organisatorische Defizite zu erkennen und zu beseitigen,
- die Einrichtung **virtueller Rathäuser**, die die kommunalen Leistungen auch über Internet vorstellen und anbieten. Damit können z. B. Anträge zu Hause ausgefüllt und elektronisch übermittelt oder ein Überblick über die Gemeinde und deren Einrichtungen (Öffnungszeiten usw.) gegeben werden,
- die optimale **Beschleunigung von Genehmigungsverfahren**, z. B. bei „normalen“ Bauanträgen durch Einsatz einer „*Turbo-Truppe*“ im Bauamt im Zusammenwirken mit dem Bauwerber,
- die verstärkte **Nutzung neuer Steuerungsmodelle und Managementsysteme** sowie die Einführung betriebswirtschaftlicher Elemente (insbes. auch Kosten-Controlling und dezentrale Ressourcenverwaltung), um die Kommunen im interkommunalen Wettbewerb gleichermaßen effizient und leistungsfähig zu machen,
- die Übertragung bzw. **Ausgliederung bestimmter Dienstleistungen an private Unternehmen**, um Kommunen verstärkt von nicht originären Aufgaben zu entlasten.

## 5. Wirtschaftskraft fördern – Arbeitsmarkt stärken.

### Unsere Grundsätze

Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft. Bund, Länder und Kommunen sind dazu aufgerufen, optimale Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung zu bieten. Dies ist Grundlage für Einkommen und soziale Sicherheit.

### Unsere Ziele

Rot-Grün hat auf Bundesebene die Rahmenbedingungen gerade für die mittelständische Wirtschaft ständig verschlechtert. Die CSU-geführte Staatsregierung hat dagegen mit einem bundesweit beispiellosen Programm zur Zukunftssicherung die Standortbedingungen in Bayern weiter verbessert. Bayern ist als internationaler Spitzenstandort für Hightech-Betriebe und moderne Dienstleister ebenso attraktiv wie für Unternehmen der traditionellen Branchen. Der Freistaat ist daher Wachstumslokomotive und bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit führend in Deutschland. Diese Spitzenposition gilt es weiter auszubauen.

### Unser Einsatz vor Ort

Bei der Sicherung und Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Bayern kommt auch den Kommunen eine entscheidende Bedeutung zu. Die CSU-geführten Städte, Gemeinden und Landkreise stehen dabei für ein wirtschaftsfreundliches Klima und gute Rahmenbedingungen vor Ort, z. B. durch

- vorausschauende **Ausweisung und Erschließung geeigneter Gewerbeflächen** (einschließlich der Baugebiete für Wohnungsneubauten von Mitarbeitern) zu attraktiven Konditionen,
- die **Einrichtung kommunaler Wirtschaftsförderungsstellen** als Ansprechstationen und -partner für die örtliche Wirtschaft und den lokalen Mittelstand sowie für ansiedlungswillige Unternehmen,
- mehr **Effizienz bei den Genehmigungs- und Erschließungsverfahren**, z. B. durch den Einsatz von Projektmanagern als Koordinatoren und Ansprechpartner für ortsansässige Unternehmen bzw. Investoren sowie die Vereinbarung von **Qualitätsstandards für die kommunalen Dienstleistungen**, z. B. die Vereinbarung der voraussicht-

lichen Bearbeitungsdauer bei vollständigen Antragsunterlagen,

- aktive Unterstützung von Existenzgründern, z. B. durch Einrichtung von **kommunalen Existenzgründerzentren**, Telezentren oder Technologietransfers mit Hochschulen,
- Ausbau des **virtuellen Rathauses** als optimales Serviceangebot für Wirtschaft und Bürger,
- Ausbau des **Standortmarketings** vor Ort als auch überregional, z. B. durch **kommunale Marketinginitiativen** mit dem Ziel einer besseren Vernetzung und Abstimmung von Wirtschaft, Politik und Verwaltung in einem zusammenhängenden Wirtschaftsraum,
- effektive Nutzung der Förderinstrumente auf den unterschiedlichen staatlichen Ebenen,
- intensive **Förderung auch der „weichen“ Standortfaktoren** (Kultur, Freizeitangebot u. ä.).



## 6. Bildung und Kultur vermitteln.

### Unsere Grundsätze

Bildungspolitik ist Zukunftsvorsorge. Die Entwicklungschancen unserer jungen Generation – deren Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben – werden in unserer globalisierten Wissensgesellschaft unmittelbar von optimalen Bildungsangeboten beeinflusst. Beste Bildungschancen für alle zu schaffen ist daher seit jeher eines der wichtigsten Anliegen der CSU. Unsere Jugendlichen und jungen Erwachsenen sollen aktive Mitglieder der Gesellschaft sein, mit festen Werteüberzeugungen, verantwortungsvoll und bereit, sich für das Gemeinwohl einzusetzen. Mit der Bildungsoffensive der Staatsregierung sind die Weichen hierfür gestellt!

Kulturpolitik lebt von Vielfalt und Kreativität. Kulturpolitik bedeutet für die CSU aber immer auch die Erhaltung und Förderung bayerischer Tradition. Die Förderung der Volks- und Laienkultur ist uns daher ebenso ein Anliegen wie die Unterstützung bedeutender kommunaler Theater, Galerien und Museen.

### Unsere Ziele

*Wir setzen uns ein für:*

- ein breites, begabungsgerechtes, spätestens nach der 4. Klasse differenziertes Bildungsangebot in Form von Haupt-, Realschule und Gymnasium sowie Berufsschulen und Schulen der beruflichen Oberstufen; Integrations- und Kooperationsform in Sonderschulen sind zu fördern,
- den bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagesangeboten auf freiwilliger Basis,
- die verstärkte Einbeziehung von Eltern und Schülern in die Ausgestaltung der Bildungsangebote,
- die Gleichwertigkeit akademischer Bildung und beruflicher Bildung – für uns ist ein Meister oder ein Facharbeiter genauso viel wert wie ein Akademiker,
- die Vermittlung von Werten entsprechend dem Auftrag unserer bayerischen Verfassung: „Die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden“.

Kinder und Jugendliche müssen in jedem Ort in Bayern dieselben guten Startchancen haben.

*Konkret treten wir daher ein,*

- für **möglichst wohnortnahe bzw. gut erreichbare Standorte** der Schulen,
- für eine **Ausbildungsoffensive** an unseren Schülern, mit der insbesondere auch die IT-Ausstattung auf den neuesten Stand gebracht wird,
- die Würdigung sozialer Aspekte durch den **Einsatz von sozialpädagogischen Fachkräften**,
- das verstärkte **Zusammenwirken zwischen Schule und Wirtschaft**, damit die Bildungsangebote mit den Anforderungen der Wirtschaft Schritt halten und um Schulabgängern bei der Vermittlung adäquater Arbeitsplätze behilflich zu sein.

**Leitbild** der CSU ist aber auch die **kulturell geprägte Kommune**,

- die allen **Bürgerinnen und Bürgern** vielfältige **Möglichkeiten der Begegnung mit Kultur und Kunst** gibt,
- die allen Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere aber den Kindern, Jugendlichen und Senioren, Möglichkeiten zur eigenen **kreativen Entfaltung** im künstlerischen, musischen und kulturellen Bereich gibt,
- in der **kulturelle Traditionen gepflegt** und das **Heimatsbewusstsein gefördert** werden.

### Unser Einsatz vor Ort



## 7. Kriminalität bekämpfen – Sicherheit gewährleisten.

### Unsere Grundsätze

Die Position der CSU ist eindeutig: Null Toleranz bei Verbrechen! Für uns hat die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger Vorrang. Denn: Alle Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf Sicherheit – Sicherheit ist Bürgerrecht.

### Unsere Ziele

Wir setzen uns daher dafür ein:

- Kriminalität und Gewalt bereits im Vorfeld entschlossen zu unterbinden und erfolgreich zu bekämpfen,
- auf Straftaten schnell und konsequent zu reagieren – die Strafe muss der Tat auf dem Fuß folgen, beeindruckt eine schnelle Aburteilung die Täter doch oftmals mehr als das Strafmaß,
- für eine leistungsfähige Polizei zum wirksamen Schutz aller Bürger. Polizei und Justiz müssen alle notwendigen und adäquaten Instrumente zur wirksamen Verbrechensbekämpfung erhalten.

### Unser Einsatz vor Ort

Das Erfolgsrezept Bayerns im Bereich der inneren Sicherheit liegt maßgeblich auch in der hervorragenden **Zusammenarbeit zwischen Polizei und Kommunen** sowie in der **gemeinsamen Kriminalprävention vor Ort** begründet. Wir fördern gerade auf lokaler Ebene die „Kultur des Hinsehens“ und die Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger.

Konkret treten wir ein für:

- eine **sichtbare Präsenz der Polizei vor Ort**, die wesentlich zur Sicherheit beiträgt,
- den flächendeckenden Ausbau der **bayerischen Sicherheitswacht**: Schon heute leisten über 450 Bürgerinnen und Bürger ihren ehrenamtlichen Dienst als Sicherheitswachtangehörige in fast 50 Kommunen,
- die **Bildung kommunaler Sicherheitsbeiräte**, die die Erfahrungen von Bürgervertretern und Experten zusammentragen, Kriminalitätsschwerpunkte auflisten und Pläne für präventives Handeln entwerfen,

- die Einrichtung bzw. den Ausbau von **Beratungsstellen für Bürgerinnen und Bürger vor Ort**, insbesondere auch für unsere Senioren; dies kann z. B. in gemeinsamen Bürgerbüros der Polizei und der Kommune oder durch die verstärkte Einrichtung von Kontaktbeamten geschehen,
- den **Ausbau der Videoüberwachung** an örtlichen Kriminalitätsschwerpunkten im Hinblick auf das erfolgreiche Pilotprojekt in Regensburg,
- helle, freundliche und saubere **Ortsbilder**, denn Schmutz, Graffiti und schlecht beleuchtete Orte führen zu Unsicherheitsgefühlen,
- starke, gut ausgerüstete **Feuerwehren** in allen Gemeinden und einen flächendeckenden Schutz der Bürger bei Katastrophen.



## 8. Umwelt bewahren und gestalten.

### Unsere Grundsätze

Die nachhaltige Entwicklung unseres Landes ist ein Leitbild unserer Politik. Wir sorgen dafür, dass die Menschen heute, aber auch unsere Kinder und Kindeskiner, Lebensqualität erfahren können.

Nachhaltigkeit ist engstens mit dem Erhalt und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verknüpft. Der Mensch ist als Teil der Schöpfung eingebunden in die Natur.

Eine gesunde Natur bietet den Bürgern Raum für Freizeit und Erholung.

Umwelt- und Naturschutz brauchen Akzeptanz und Konsens bei Bürgerinnen und Bürgern und die Einbindung breiter gesellschaftlicher Gruppen.

Die CSU bekennt sich zur Kooperation im Sinne effektiven Umwelt- und Naturschutzes in sinnvoller Abwägung zwischen den Entwicklungsmöglichkeiten für den Menschen und den berechtigten Schutzbedürfnissen der Natur.

### Unsere Ziele

Wir setzen uns dafür ein,

- den Natur- und Artenschutz als zentrale Aufgabe zu begreifen,
- die Wasservorräte zu schonen,
- den Hochwasserschutz zu erweitern,
- den Lebensraum Boden zu schützen, und
- unnötigen Lärm möglichst schon im Rahmen der Vorsorge zu vermeiden.

### Unser Einsatz vor Ort

In den Kommunen tragen wir Verantwortung für die Gestaltung unseres Lebensumfeldes und einer lebenswerten Umwelt. Unser Ziel ist eine Naturschutzpolitik mit Augenmaß und im Miteinander mit den gesellschaftlichen Gruppen und den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinden.

Konkret treten wir ein für:

- **umweltfreundliche Gemeinden**, auch als attraktive Standorte für innovative Techniken im Bereich der umweltfreundlichen Energieerzeugung, z. B. aus Biomasse, Solar- und Windkraft,
- die **Berücksichtigung von Umweltbelangen** bei der Bauleitplanung und der Siedlungsstruktur, bei der Verkehrserschließung und bei der Gestaltung der öffentlichen Flächen. Umwelt- und Naturschutz müssen bei der Planung beginnen,
- den **Einsatz umweltfreundlicher Energietechniken** für Energieeinsparung und Klimaschutz, auch durch Förderung regenerativer Energiequellen,
- eine **Intensivierung des Prozesses der „Agenda 21“** als Dialogprozess zwischen Bürgerinnen und Bürgern, örtlichen Organisationen, der Privatwirtschaft und Entscheidungsträgern der Kommunen in Bereichen wie Energie, Klimaschutz, Erhalt der biologischen Vielfalt, Lärmschutz und Bauen,
- für eine Abfallentsorgung, die auf **Abfallvermeidung und einer umweltverträglichen Abfallverwertung** basiert. Eine möglichst bürgernahe und umweltfreundliche Abfallentsorgung durch die Errichtung ortsnaher Wertstoffhöfe soll erhalten bleiben,
- den **Schutz der Menschen vor Elektromog**, insbesondere Festlegung von Vorsorgewerten auf der Grundlage gesicherter wissenschaftlicher Forschungen sowie rechtzeitige Einbeziehung der Kommunen bei Standortentscheidungen, z. B. für Mobilfunk-Sendeanlagen.

## 9. „Soziale Gemeinde“ fördern – Kompetenz unserer Senioren einbinden.

### Unsere Grundsätze

Das Leitbild unserer Sozialpolitik orientiert sich am selbstverantwortlichen Bürger: Hilfe zur Selbsthilfe hat für die CSU daher unbedingten Vorrang.

Solidarisch ist die CSU denjenigen verbunden, die sich nicht (mehr) selbst helfen können: Den Schwachen, den Behinderten, den Pflegebedürftigen.

Unser Respekt gilt der Lebensleistung unserer Senioren, deren Kompetenz, Lebens- und Berufserfahrung wir für alle Formen bürgerschaftlichen und gemeindlichen Engagements gewinnen wollen.

### Unsere Ziele

*Wir setzen uns daher dafür ein,*

- den wirklichen Bedürftigen in unserer Gesellschaft, insbesondere auch Alleinerziehenden mit Kindern, den pflegebedürftigen Menschen und Behinderten, wirksam und bestmöglich zu helfen,
- umgekehrt aber auch Sozialmissbrauch wirksam zu bekämpfen und,
- von demjenigen Sozialhilfeempfänger, der arbeitsfähig ist, im Rahmen der gemeinnützigen Arbeit einen Beitrag zu fordern, um sich die Unterstützung durch die Kommunen zu verdienen,
- die Solidarität der Generationen zu stärken, insbesondere auch unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger in alle Möglichkeiten gesellschaftlichen Wirkens einzubinden und voll in das Gemeindeleben zu integrieren,
- die wohnortnahe medizinische und pflegerische Versorgung von kranken oder pflegebedürftigen Menschen sicherzustellen. Eine Zwei-Klassen-Medizin als Folge der verfehlten rot-grünen Gesundheitspolitik lehnen wir ab. Wir wollen jedermann unabhängig von seinem Alter und seinen finanziellen Möglichkeiten einen möglichst wohnortnahen Zugang zur Spitzenmedizin erhalten.

*Konkret treten wir ein für:*

- die individuelle Begleitung und die **Vermittlung von Sozialhilfeempfängern** in den Arbeitsmarkt bzw. berufliche Qualifikation durch beispielhafte kommunale Projekte, wie z. B. „Hilfe zur Arbeit“, „Bürgerarbeit“,
- eine **verstärkte Zusammenarbeit von Arbeitsämtern und Sozialhilfeträgern** mit dem Ziel einer Harmonisierung der Hilfs- und Vermittlungsangebote, aber auch der Durchsetzung einer gebotenen Arbeitsaufnahme,
- die **Einbindung und Ansprache von Senioren**, z. B. durch Informationen über Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements, sog. Senioren- oder „City-Treffs“, Schaffung von Freizeitangeboten usw.,
- die möglichst **ortsnahe Versorgung von kranken und pflegebedürftigen Menschen** z. B. in wohnortnaher Pflege durch Pflegeheime sowie Tagespflegeeinrichtungen und ein dichtes Netz an ambulanten Diensten,
- insbesondere auch für **wohnortnahe Krankenhäuser**, wobei alle Möglichkeiten zur Erhöhung des medizinischen Standards und der Wirtschaftlichkeit zu nutzen sind, z. B. durch privatwirtschaftliche Steuerungsmodelle, aber auch durch eine großräumige Zusammenarbeit mehrerer Kliniken sowie durch ein gewisses Maß an Spezialisierung,
- die **Unterstützung der zahlreichen freien Wohlfahrtsverbände**, der freien Träger und der Kirchen bei ihren wichtigen Aufgaben im **Bereich der Jugendhilfe und Sozialarbeit**.

### Unser Einsatz vor Ort



## 10. Lebensraum in Stadt und Land gestalten – Wohnraum schaffen.

### Unsere Grundsätze

Leitbild der CSU war und ist es, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern zu gewährleisten. Unsere Politik fördert daher im besonderen Maße das Miteinander von Stadt und Land als gewachsene Lebens- und Wirtschaftsräume, die in ihrem Gesamtbild auch die einzigartige Kulturlandschaft Bayerns ausmachen.

Auf allen Ebenen sind für den Wohnungsbau wieder günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, damit insbesondere auch die jungen Familien möglichst „ein eigenes Dach über dem Kopf haben“.

### Unsere Ziele

Die CSU steht für:

- hohe Baukultur in Stadt und Land,
- innovativen Wohnungsbau,
- lebendige, attraktive Innenstädte und Dorfkerne, insbesondere auch als Leitbilder von Städteplanung und Dorferneuerung,
- die Beruhigung von Wohngebieten durch die Entlastung von unnötigem Verkehr,
- die Vereinfachung des Baurechts,
- hohe Priorität für die Wohnungsbaupolitik. Die Bundesregierung ist aufgerufen, diesem Beispiel zu folgen und ihre für den Wohnungsbau schädlichen und kontraproduktiven Gesetzesänderungen rasch zurückzunehmen,
- die Förderung des sozialen Wohnungsbaus; Ghettobildungen sollen dabei verhindert, Familien und Einkommensschwache besonders unterstützt werden,
- im Mietrecht für einen gerechten Ausgleich der Interessen von Mietern und Vermietern.

Für die Zukunft hält es die CSU für besonders wichtig, vor Ort

- alle Möglichkeiten eines **Flächen und Kosten sparenden Bauens** mit Vorbildwirkung für alle Beteiligten auszuschöpfen,
- **neue Wohnformen** zu schaffen, insbesondere auch für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen,
- den **ökologischen Wohnungsneubau** bzw. Modernisierung zu fördern und damit auch zur Energieeinsparung und zur Minderung des Schadstoffausstoßes beizutragen,
- sinnvolle Nutzungen für **ehemalige Liegenschaften von Militär, Bahn und Industrie** zu entwickeln,
- für die **wirtschaftliche Belebung historischer Orte** zu sorgen,
- **Belastungen und Benachteiligungen** in einzelnen Wohnquartieren durch gezielte Maßnahmen im Programm „Soziale Stadt“ entgegenzuwirken,
- die **Wohneigentumsquote** durch entsprechende Anreize für Bauwillige zu erhöhen,
- und dabei insbesondere auch für eine praktikable **Einbeziehung der Wohnimmobilie in das Altersvermögensgesetz** Sorge zu tragen.

### Unser Einsatz vor Ort



## 11. Verbraucherschutz weiter stärken – gesunde Ernährung für alle sicherstellen.

### Unsere Grundsätze

Die CSU hat dem Verbraucherschutz einen besonderen Stellenwert in ihrer Politik eingeräumt. Die bayerische Staatsregierung hat daher auch vor dem Hintergrund von BSE und MKS auf die erheblich gestiegenen Erwartungen der Verbraucher an einen wirksamen Verbraucherschutz schnell und angemessen reagiert. Sie nimmt mittlerweile anerkanntermaßen bundesweit eine Vorreiterrolle ein. Gemeinsam mit den Landwirten und im engen Schulterschluss mit dem Lebensmittelhandel und der Ernährungswirtschaft wurden die erforderlichen Maßnahmen getroffen, um die Sicherheit unserer Lebensmittel zu gewährleisten und das Vertrauen der Verbraucher in gesunde Lebensmittel wieder zu gewinnen. Wichtig ist für uns Qualität für alle.

### Unsere Ziele

Wir wollen sichere Lebensmittel auch durch eine gesunde Landwirtschaft. Unsere Landwirte sind – gerade was BSE betrifft – ebenso wie die Verbraucher die Opfer und nicht die Täter. Gesunde Lebensmittel gibt es nicht ohne unsere leistungsfähige und verantwortungsbewusste Landwirtschaft.

#### Deshalb unterstützen wir

- den Aufbau von neuen Qualitätssicherungssystemen,
- eine Ausweitung der BSE-Forschung, um die Ursachen und Zusammenhänge zu verstehen und daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen zu können,
- Umstellungsmaßnahmen in der Landwirtschaft zur Verbesserung der Lebens- und Aufzuchtbedingungen für alle Tiere,
- den Öko-Landbau als eine sinnvolle Ergänzung des unverzichtbaren konventionellen Anbaus.

Für alle diese Maßnahmen stehen im Rahmen der Verbraucherinitiative 2001/2002 ausreichend Mittel zur Verfügung.

Wir wollen Verbraucher-Souveränität durch Transparenz und Information. Eine wichtige Rolle spielt dabei die sachkundige Verbraucherschutzinformation der Bürgerinnen und Bürger vor Ort, die durch Kompetenzzentren in den Landratsämtern, aber auch durch kompetente Ansprechpartner in den Gemeinden gewährleistet werden soll.

### Unser Einsatz vor Ort

#### Konkret treten wir daher ein für:

- umfassende **Beratungsangebote für Verbraucherinnen und Verbraucher** vor Ort, auch zu Fragen einer gesunden, ausgewogenen Ernährung und Lebensweise,
- „**runde Tische**“ vor Ort, in denen wichtige Fragen des Verbraucherschutzes vom Produzenten bis zum Verbraucher behandelt werden,
- die **Stärkung bäuerlicher, regionaler Produktions- und Vermarktungskonzepte** nach dem Motto „*Aus der Region für die Region*“,
- den **Dialog mit den Bürgern** nach dem Motto „*Mit den Verbrauchern für die Verbraucher*“, z. B. Durchführung von Bürgergutachten zum Verbraucherschutz,
- eine effiziente **Ernährungsberatung** vor Ort, die über sog. Multiplikatoren Informationen und Hilfestellung für eine gesunde Ernährung zum Bürger bringt,
- die Veranstaltung von **Ernährungs- und Verbrauchertagen** in allen Regierungsbezirken.

## 12. Verkehr auf Schiene und Straße aufrechterhalten und verbessern.

### Unsere Grundsätze

Gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern sind ohne Mobilität und Verkehr nicht möglich. Bis zum Jahr 2015 wächst die Verkehrsleistung in Deutschland beim Personenverkehr um 20% und beim Güterverkehr um 64%. Ohne erhebliche Verstärkung der Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur droht unserem Land der Verkehrskollaps mit entsprechenden Auswirkungen auf die Standortqualität. Wir brauchen deshalb eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur, die die Bedürfnisse von Mensch und Umwelt gleichermaßen berücksichtigt. Wir wenden uns gegen die Schikanierung des Individualverkehrs.

### Unsere Ziele

Die rot-grüne Bundesregierung hat bisher keine schlüssigen Konzepte vorgelegt, wie sie den von ihr verursachten Finanzierungsstau bei der Verkehrsinfrastruktur wieder auflösen will. Durch mehrere kurzfristige Programme versucht sie, öffentlichkeitswirksam die ärgsten Löcher zu stopfen, ohne echte Planungsperspektiven aufzuzeigen. Gleichzeitig werden Bürger und Wirtschaft durch Ökosteuer und LKW-Maut immer stärker belastet.

*Wir setzen uns daher dafür ein:*

- die erforderlichen Mittel für den Erhalt und den notwendigen Ausbau des Bundesfernstraßennetzes bereitzustellen,
- die Einnahmen aus der LKW-Autobahnmaut ab dem Jahr 2003 zweckgebunden für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zu verwenden,
- Individual- und Schienenverkehr zur Vermeidung unnötigen Verkehrs optimal zu verzahnen,
- insbesondere in Ballungsräumen den öffentlichen Personennahverkehr verstärkt zu fördern und ein Umsteigen vom Auto auf die Schiene zu ermöglichen.

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur liegt auch im unmittelbaren Interesse unserer Kommunen. Deshalb ist die Förderung des kommunalen Straßenbaus sowie des öffentlichen Personennahverkehrs ein wichtiges Anliegen der CSU.

### Unser Einsatz vor Ort

*Konkret treten wir ein für:*

- die nachhaltige und konzeptionelle **Sicherung des Fernstraßenbaus**, insbesondere die konsequente Fortsetzung des Baus von Ortsumgehungen,
- den Erhalt und notwendigen **Ausbau des kommunalen Straßennetzes**,
- die Schaffung **innerörtlicher Verkehrsleitsysteme und kommunaler Verkehrskonzepte**,
- den Ausbau des **öffentlichen Personennahverkehrs**,
- den weiteren **Ausbau von Geh- und Radwegen**, auch um die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen, z.B. auf dem Schulweg, sowie von Senioren zu erhöhen,
- die Erhaltung der **Anbindung auch des ländlichen Raums** an den Schienenverkehr. Streckenstilllegungen der Bahn dürfen nicht nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen.

### 13. Kommunale Selbstverwaltung weiter ausbauen – kommunale Finanzen stärken.

#### Unsere Grundsätze

Die Prinzipien der Subsidiarität und der kommunalen Selbstverwaltung sind Leitlinien der Politik der CSU.

In der bayerischen Landespolitik werden diese Grundsätze seit jeher in die Tat umgesetzt und weiter vorangebracht, zuletzt etwa durch die Umwandlung der Rechtsaufsicht in eine Ermessensaufsicht oder die Modernisierung des kommunalen Unternehmensrechts mit bundesweiter Vorbildwirkung.

Auch in einem größer werdenden Europa kommt der Verwirklichung dieser Grundsätze herausragende und beispielhafte Bedeutung zu, verkörpern unsere Kommunen doch Traditionsbewusstsein und Vielfalt, Bürgernähe und Transparenz.

Die **kommunale Finanzkraft** wird seit Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung **systematisch ausgehöhlt**:

- Rot-Grün hat immer neue soziale Aufgaben auf die Kommunen verschoben, ohne die Finanzierung zu ermöglichen, wie z.B. im Zusammenhang mit der Rentenreform (allein bis zum Jahr 2008 ca. 15,5 Mrd. DM).
- Rot-Grün will auch im Zusammenhang mit der Neuregelung des Zuwanderungsrechts die Kommunen in unverhältnismäßiger Weise auf den Kosten sitzen lassen.
- Rot-Grün schöpft immer größere Beträge des Gewerbesteueraufkommens ab und schmälert durch seine Steuergesetzgebung die Basis der Gewerbesteuerentnahmen – als eine der wichtigsten originären Einnahmequellen der Kommunen.

Dies spricht der Ankündigung in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung, die „Finanzkraft der Kommunen zu stärken“, Hohn.

*Wir setzen uns daher dafür ein, dass*

- das kommunale Selbstverwaltungsrecht im EU-Vertragswerk verankert wird,
- in Umsetzung der Grundsätze der kommunalen Selbstverwaltung und der Subsidiarität auf allen politischen Ebenen im Zweifel eine Zuständigkeitsvermutung zugunsten der kleinsten Einheit – d.h. im Verwaltungsbereich zugunsten der Kommunen – gilt,
- dabei insbesondere die kommunale Daseinsvorsorge soweit möglich in der Regie der kommunalen Selbstverwaltung belassen wird,
- die **solide Finanzausstattung** der bayerischen Kommunen, insbesondere deren bundesweit vorbildhafte Investitionskraft, erhalten und weiter gestärkt wird.

Von einer starken kommunalen Selbstverwaltung profitieren in besonderem Maße unsere Bürgerinnen und Bürger.

*Konkret setzen wir uns daher dafür ein,*

- die **Leistungen** der kommunalen Daseinsvorsorge **künftig noch effizienter und kundenfreundlicher** zu gestalten, insbesondere alle Potenziale zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit der kommunalen Einrichtungen – auch durch Kooperationsmodelle mit Privaten, allerdings immer unter der Regie der Kommune – zu nutzen,
- insbesondere die **Letzt-Verantwortung für Qualität und Hygiene des Trinkwassers bei den Kommunen** zu belassen. Wasser ist kein Wirtschaftsgut, sondern ein Nahrungsmittel. Eine Aufgabenprivatisierung lehnen wir daher ab.

#### Unsere Ziele

#### Unser Einsatz vor Ort

Diese kommunalpolitischen Leitlinien wurden vom Parteivorstand am 19. November 2001 in München verabschiedet.